Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 236. Freitag den 24. August 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Obwohl es verboten ist, durch **Stehenbleiben auf den Trottoirs** den Verkehr zu stören, ist doch fortwährend zu bemerken, daß man auf dem **Trottoir der ehemaligen Petersbrücke** sich aufstellt, um dem Exerciren des Militairs zuzusehen.

Dies wird nicht länger geduldet werden, und es haben Diejenigen, welche sich dieser Uebertretung schuldig machen, unnachsichtliche Bestrafung um **Geld bis zu 60 Mark** oder mit **Haft bis zu 14 Tagen** zu gewärtigen.

Leipzig, am 22. August 1883.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bretschneider. Hennig.

Bekanntmachung.

Die bisher im Colonialwaaren-Geschäft des Herrn Louis Apitzsch, Querstraße 1, befindlich gewesene **fünfte Filiale der hiesigen städtischen Sparcasse,** verbunden mit **Sparmarkenverkauf** und **Sparmarkenausgabe,** haben wir **vom 21. d. M. ab unter Belassung in dem bisherigen Locale dem Kaufmann Herrn Julius Zink** hier übertragen, auf welchen vom genannten Zeitpuncte an das Detail-Geschäft des Herrn Apitzsch übergegangen ist.

Leipzig, am 22. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Der im Georgenhause detinirte, am 17. März 1836 in Stötzsch bei Lützen geborene Bäckergeselle **Carl Julius Liebert** ist von dem ihm am 3. Juli d. J. gestatteten Ausgange nicht zurückgekehrt.

Wir bitten, denselben zu verhaften und wenn dies geschehen, uns ungesäumt Nachricht zu geben.

Leipzig, am 22. August 1883.

Das Polizei-Amt daselbst.
Bretschneider. Dr. Berger.

Nichtamtlicher Theil.

Bismarck nach dem Kriege.

III.

Bismarck und das Gründerthum.

Der dritte Abschnitt des vorliegenden Werks gruppirt sich um die Angriffe, welche der Abgeordnete Lasker im Anfang des Jahres 1873 gegen die Betheiligung des Beamtenthums an dem Gründerwesen gerichtet hat. Der Verfasser legt den Nachdruck darauf, daß diese Angriffe in der Hauptsache unbegründet waren und daß Lasker sie selbst alsbald wieder fallen ließ, nachdem er sich überzeugt, daß er über das Ziel hinaus geschossen habe. Der Hauptangriff galt dem Geh. Ober-Regierungsrath im Staatsministerium Wagener wegen seiner Betheiligung an der pommerschen Centralbahn Wangerin-Conitz. Lasker machte ihm zum Vorwurf, daß er durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung die Concession zu Eisenbahnbauten erhalten und von diesen die Bahn Wangerin-Conitz zu seinem Privatvortheil veräußert habe. Der damalige Ministerpräsident Graf Roon nahm Wagener in Schutz, Lasker aber hielt seine Anklage aufrecht und berief sich auf das Zeugniß conservativer Abgeordneter aus der Provinz Pommern zum Beweise darüber, daß bei der Leitung jenes Eisenbahnunternehmens seitens Wagener's und seiner beiden Genossen durch allerlei Kunstgriffe sowohl die Staatsregierung wie das Publicum hintergangen worden seien. Lasker stellte alsdann den Antrag, das Abgeordnetenhaus möge eine Commission zum Zweck umfassender Untersuchung über das Verfahren bei der seitherigen Ertheilung von Eisenbahnconcessionen und die Uebereinstimmung der betreffenden Verträge mit den gesetzlichen Vorschriften einsetzen und die Staatsregierung zur Mitwirkung bei dieser Untersuchung einladen.

Bei der Regierung und namentlich beim Fürsten Bismarck selbst herrschte von Anfang an die ernste Absicht vor, die Sache gründlich zu untersuchen und der Geheimrath Wagener wurde alsbald in Ruhestand versetzt, die Regierung ging aber noch einen Schritt weiter, indem sie die Regelung dieser Angelegenheit selbstständig in die Hand nahm. Am 14. Februar, acht Tage nach der Stellung des Antrags, theilte Graf Roon dem Abgeordnetenhause eine Allerhöchste Botschaft mit, durch welche eine Untersuchungscommission mit der Aufgabe eingesetzt war, zu ermitteln, wie weit die einschlägigen Gesetze und die geltenden Verwaltungsnormen das Publicum gegen Täuschung zu schützen geeignet und welche Aenderungen etwa nöthig wären. Nachdem Graf Roon die vollste Uebereinstimmung der Regierung mit den Wünschen des Abgeordnetenhauses in Bezug auf Klarstellung der vorgekommenen Mißbräuche erklärt hatte, zog Lasker seinen Antrag zurück.

An diesen Feldzug gegen das Gründerunwesen reihte sich aber leider eine Hetz- und Verleumdungsära, deren letzter Zweck der Sturz des Fürsten Bismarck durch seine Feinde und Neider im conservativen Lager war. Das Signal zum Beginn dieser Aera gab eine Berliner Correspondenz der „Weserzeitung" unter dem Zeichen der Waage, welche für officiös gehalten wurde, ohne es zu sein. In dieser Correspondenz wurde behauptet, Fürst Bismarck habe zu der Wagener'schen Angelegenheit eine aparte Stellung eingenommen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" antwortete sofort mit einer scharfen Zurückweisung. Fast gleichzeitig verbreitete die „Germania" das Gerücht, bei dem Concessionsgesuch für die pommersche Centralbahn sei im Einverständniß mit dem Reichskanzler gehandelt worden und dieser habe seinen Einfluß beim Handelsminister geltend gemacht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wies damals darauf hin, daß durch die pommersche Centralbahn die Gegend, in welcher die Besitzungen Bismarck's liegen, ein todter Winkel werde. Diese Benachtheiligung von sich abzuwenden, habe der Kanzler seinen Einfluß nicht geltend gemacht; auch habe sein Vermögen nicht hingereicht, um ein Gegenproject ins Leben zu rufen. Jetzt war die Bahn gebrochen, auf welcher die Verleumdungs-Aera in der „Reichsglocke" ihre Triumphe feiern konnte.

Der Verfasser des Buchs führt uns alsdann in das Geschäftslocal der „Reichsglocke" und macht uns mit dem Redacteur derselben, Hanns Gehlsen, bekannt. Nachdem er das Treiben in der Expedition geschildert, wo fast ausschließlich Abgesandte der vornehmsten Gesellschaftskreise erscheinen, um zu abonniren oder das Abonnement zu erneuern, läßt er einen russischen Baren eintreten aus S. bei Weliki-Nowgorod.

„Sapperment, das ist ja ein Mordsblatt, Ihre Reichsglocke", sprach er in gutem Deutsch; „habe in Meinhardt's Hotel darin gelesen, muß darauf abonniren, gegen Bismarck lesen wir in Rußland Alles gern. Aber läßt man auch das Blatt bei uns zur Post zu?"

„Gewiß, Herr Baron", erwiderte der Expedient, „wir haben gegen 100 Abonnenten allein in Moskau." „So? Nun ich kann es mir wohl denken. Bei einer Zeitung, die auf Bismarck und Stroubberg schimpft, drückt die Censur bei uns gern ein Auge zu. Sie verstehen aber auch das Schimpfen, Herr Redacteur!" Der Expedient macht eine Verbeugung, wobei er sich an der am Ellbogen offenen Stelle kratzte. „Das wird ein Gaudium werden, fuhr der Russe fort, **wenn ich wieder nach Hause komme und meinen Gutsnachbarn** das Blatt zum Lesen gebe. Ich will nur gleich auf 10 Exemplare abonniren, schicken Sie mir nach jedem meiner Güter zwei, damit ich, wenn ich reise, das Blatt immer vorfinde, also nach Pultusk in Polen, Kaminiec in Podolien, Verditschow in Volhynien ꝛc." „Was haben Sie da noch liegen?" fragte der Russe, indem er einige auf dem Comptoirtisch liegende Broschüren ergriff. Er las: „Das Buch vom großen Lasker", ferner: „Der Revolverjournalist und seine armen Opfer", „Der Proceß Gehlsen nebst anderen Allotrien". „Das ist ja ausgezeichnet", rief der Russe aus, „packen Sie mir davon ein, das ist was für meine Freunde. Haben Sie sonst noch etwas gegen Bismarck?"

„Fertig ist augenblicklich weiter nichts, Herr Baron, aber bis morgen würden wir Ihnen etwas herstellen können. Wollen Sie sich einen Stoff aussuchen?" Der russische Enthusiast zahlte, der Expedient strich ein. „Sie bekommen noch einen Bamberger zurück, Herr Baron." „Wie? Was ist ein Bamberger?" „Das ist ein Zehnpfennigstück; Sie wissen doch, wem wir die Nickelmünzen verdanken. Herr Bamberger versteht's Geschäft; seine Nickelbergwerke sind jetzt noch einmal so viel werth." Der Russe lachte und ging. Jetzt öffnete sich das Redactionszimmer.

Der große Mann Hanns Gehlsen wurde sichtbar. Er entließ seinen Besuch — Herrn Otto von Leß. Wie fest drückten sie sich die Hand! „Um 12 Uhr beim schweren Wagener." Mit diesen Worten hatte Joachim Gehlsen seinen Freund hinauscomplimentirt. Nachdem Gehlsen unter den Wartenden einen ihm bekannten Grafen begrüßt und mit demselben in sein Zimmer gehen wollte, drängte sich ein junger Geschäftsmann an ihn heran: „Herr Doctor, auf ein Wort, meine Zeit ist sehr knapp .... Mich haben sie an der Börse „reingelegt" mit 5000 Mark, bringen Sie die Schwindler in die Reichsglocke, es soll Ihr Schade nicht sein." „Ach was", erwiderte der große Mann, „mit solchen kleinen Spitzbuben gebe ich mich nicht ab, wenn mal Bleichröder oder Hansemann, oder Bennigsen Sie reinlegt, dann kommen Sie zu mir!"

Man konnte im Nebenzimmer Alles hören. Gehlsen begann einen ihm zugegangenen Zeitungsartikel vorzulesen: „Es war einmal ein großer Spitzbube im Lande — Belgien, er stahl keine silbernen Löffel und auch kein Biergroschenbrod, um den Hunger seiner Kinder zu stillen; alsdann würde man ihn bald eingesteckt haben, denn es giebt Gesetze im Lande — Belgien für kleine Spitzbuben. Unser Held aber war ein großer Hallunke und gab sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Unter dem Scheine Rechtens brachte er Millionen an sich und theilte sie mit seinen Spießgesellen. Das arbeitende Volk aber wurde ausgeplündert im Lande — Belgien.

So ging es weiter. Für Teffendorf (damaligen Staatsanwalt in Berlin) fiel bei der Geschichte nichts ab, denn sie passirte ja im Lande Belgien.

Neben dieser Agitation, die gegen den Fürsten Bismarck als den „Patron Lasker's" gerichtet war, ging eine andere, die in der Kreuzzeitung ihren Brennpunct hatte. Man konnte hier lesen: „Die Finanz- und Wirthschaftspolitik des neuen deutschen Reiches ist die einer Banquierpolitik, d. h. einer Politik von und für Banquiers . . . Im Abgeordnetenhause hat kürzlich Herr Camphausen dem Herrn v. Kardorff replicirt, daß er seinem Freunde Delbrück gegenüber verzichte, für den intellectuellen Urheber unserer ganzen Wirthschaftspolitik angesehen zu werden. Wir sind nicht völlig gewiß, ob nicht auch für Herrn Delbrück der Zeitpunct eintreten wird, wo er die Ehre dieser intellectuellen Urheberschaft gern von sich ablehnen möchte, und nach unserer Kenntniß der Verhältnisse dürfte dann die Ehre jener Urheberschaft von dem großen finanziell-nationalwirthschaftlichen spiritus familiaris des deutschen Reiches — Herrn von Bleichröder — in Anspruch genommen werden. — Die intimen Beziehungen des Herrn von Bleichröder zum Fürsten B. dürften, mindestens indirect, schon an die vorministerielle Zeit des letzteren anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem preußischen Gesandtengehalte und ohne erhebliches Vermögen seinen Souverain in Frankfurt, Petersburg, Paris repräsentiren zu können, guten Rath in finanziellen Dingen haben mußte. — Der Fürst-Reichskanzler hat dem Consortium Bleichröder-Delbrück-Camphausen die deutsche Wirthschaftspolitik in Entreprise gegeben."

Fürst Bismarck sagte mit Bezug darauf: „Wenn die Kreuzzeitung sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in ihre Spalten zu bringen, in einer Form, die juristisch nicht zu fassen ist, aber doch den Eindruck hinterläßt, daß die Minister unredlich gehandelt haben, so soll sich Niemand indirect an diesen Verleumdungen betheiligen." Sofort zeigten einige hundert hochstehende Conservative, die sogenannten Declaranten, die Erneuerung ihrer Abonnements in der Kreuzzeitung an.

Eine Agitation anderer Art gegen die liberale Wirthschaftspolitik, welche sich lediglich gegen ihrem Inhalt richtete, hatte bessern Erfolg. Mit dem Feltzug gegen das Actiengesetz von 1870 verband sich eine Petitionsbewegung gegen Gewerbe- und andere Freiheiten, alle diese Petitionen leiteten ihren Ursprung zurück auf den Angriff Lasker's gegen das Gründerthum. Graf Itzenplitz, der Handelsminister, fiel als das erste Opfer. Man machte ihm zum Vorwurf, daß er die Berechnung eines Theils des Actiencapitals als Coursverlust unter die Baukosten zugelassen habe, dadurch sei der Landmann, der Kleinbürger, der Papiere gekauft habe, getäuscht worden, denn er habe geglaubt, daß die Einzahlung voll geschehen sei, während nur 75 auf 100 eingezahlt waren. Graf Itzenplitz hatte sich selbst stets gegen diese Berechnung gesträubt, aber das Abgeordnetenhaus hatte die Volleinzahlung des Capitals bei Eisenbahnvorlagen stets als drückende Beschränkung gestrichen. Der Verfasser bemerkt dazu: „Graf Itzenplitz ist gegangen, Delbrück aber auch. Der 7. Februar 1873 hatte seine gewollten und seine nicht gewollten Consequenzen. Man kann die neue Zollgesetzgebung und anderes nicht von diesem ableiten, aber der erschütterte Glaube an den Werth des bis dahin eingeschlagenen Wegs und der neugewonnene Muth, der jungen Reichsgesetzgebung auch noch von anderen Seiten beizukommen, haben die erste Bewegung der Reaction hervorgerufen, die heute das Ruder in Händen hat." Das will uns denn doch als eine mehr als gewagte Behauptung erscheinen.

Richtig ist dagegen, daß dem Gründerthum aus der Ueberproduction, aus dem Milliardenstrom, aus dem Geld- und Creditüberfluß entsprungen, seit dem Jahre 1873 ein heftiger in seinen Wirkungen lange andauernder und verheerender Rückschlag folgte. Die wilde Speculation schlug fast plötzlich in eine allgemeine Lähmung des Verkehrslebens um. Handel und Gewerbe stockten. Der Nothstand drückte auf alle Erwerbszweige. Hatte es in den Jahren der Fülle zu viel Arbeit und zu wenig Hände gegeben, so gab es jetzt der Hände zu viel und der Arbeit zu wenig.

Die Thronrede, welche Camphausen bei Eröffnung des preußischen Landtags im Januar 1876 verlas, erwähnte zwar auch bereits der wirthschaftlichen Nothlage, hob aber ausdrücklich hervor, daß die Regierung dagegen nichts thun könne, und daß es anderwärts ebenso sei. Im Laufe der Session bemerkte dann Camphausen, wenn nicht Alles trüge, so sei die Calamität bereits auf ihrem Höhepunct angelangt und es machten sich bereits Zeichen des Wiederaufblühens der Geschäftsthätigkeit überall bemerkbar. Gleich nach Schluß der Frühjahrssession des Reichstags erbat und erhielt Delbrück seine Entlassung.

Bismarck aber legte sich die Frage vor: Wie ist dem darbenden Arbeiter wieder Brod zu verschaffen, und er beantwortete sie wie folgt: „Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, in einem Verblutungsproceß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren so weit gekommen wäre, wie heute. Die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirthschaftliche Frage; wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Circulation des Blutes wieder zuführen können; aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fractionstaktik von dieser allgemein deutschen reinen Interessenfrage fern zu halten."

„Fürst Bismarck", fügt der Verfasser hinzu, „hatte erst eine ganz neue amtliche Umgebung nöthig, um mit seinem rettenden Gedanken durchzudringen, der bereits bei ihm zu einem umfassenden System ausgebildet war: zuerst durch eine Zollreform das wirthschaftliche Leben von der Concurrenz des Auslandes frei zu machen und dann die Socialreform durchzuführen."

Leipzig, 24. August 1883.

* Die ultramontanen Blätter erklären jetzt, daß die Ernennung eines Weihbischofs in dem österreichischen Theile der Diöcese Breslau bereits Gegenstand von Besprechungen zwischen der preußischen Gesandtschaft und dem päpstlichen Stuhle gewesen sei und daß die von Herrn v. Schlözer geltend gemachten Bedenken als unzutreffend und unbegründet widerlegt worden seien. Die preußische Regierung habe jenen Einwendungen denn auch keine weitere Folge gegeben, so daß man in Rom glaubte, dieselben seien fallen gelassen. Aus dieser Darstellung geht zunächst hervor, daß man in Rom nicht immer der Ansicht war, die Sache ginge die preußische Regierung nichts an, wie es die übereifrige „Germania" darzustellen sucht. Höchst sonderbar aber nimmt sich die — wie sich nun herausstellt — durchaus unrichtige Annahme aus, daß die preußische Regierung ihre Einwendungen fallen gelassen habe. Ein derartiges Mißverständniß wäre geradezu undenkbar, wenn es nicht — ein absichtliches wäre. Vermuthlich fiel die Abreise des Herrn v. Schlözer dazwischen, und man suchte nun das Mißverständniß, um die preußische Regierung über die Nothwendigkeit fortgesetzten diplomatischen Verkehrs zu belehren. Dieselbe scheint aber nach der Antwort, welche sie gegeben hat, für diesen Augenblick wenigstens einer solchen Belehrung unzugänglich zu sein.

* Der Krakauer „Czas" bringt über die im ganzen Großherzogthum Posen bevorstehende Sobieski-Feier, welche am 12. September stattfinden soll, folgende Mittheilungen: „Die Sobieski-Feier wird in ganz Posen, in allen Städten und größeren Ortschaften begangen; in den Kirchen wird am 12. September ein feierlicher Gottesdienst gehalten, während in den Kreisstädten Volksversammlungen und Nationalfeste veranstaltet werden. Zu der hier in Krakau stattfindenden Hauptfeier des großen polnischen Nationalfestes werden auch zahlreiche polnische Bauern aus Posen unsere historisch denkwürdige Stadt besuchen. Das Krakauer Festcomité wird sich auf dem Bahnhofe versammeln, um unseren Brüdern aus Posen einen der Feier des Tages würdigen Empfang zu bereiten." — Aus einer anderen Mittheilung des „Czas" ist zu entnehmen, daß die ultramontane Polenpartei in Posen und Galizien zur Sobieski-Feier namhafte Summen beigesteuert hat.

* Die Affaire in Agram spitzt sich je länger je mehr zu einer politischen Principienfrage zu. Die Bewegung geht, wie sich jetzt aus Klarsche ergiebt, weit über den Rahmen gewöhnlicher Pöbelexcesse, wie sie in Pest, Preßburg oder Oedenburg sich abspielten, hinaus; sie ist nicht vom Augenblick geboren, sondern der Ausbruch der erregten nationalen Leidenschaften, die ohne Rücksicht auf den gegebenen Anlaß das erste Beste zum Vorwand nimmt, um sich Luft zu machen. Bedenklich ist auch, daß die Bewegung nicht blos von einer Anzahl kroatischer Heißsporne geschürt wird, sondern daß das ganze Volk von ihr durchdrungen wird. Vor einigen Tagen hatte eine Reihe der einflußreichsten Mitglieder der regierungsfreundlichen Nationalpartei eine Erklärung erlassen, in welcher auch sie sich auf den ausschließlich nationalen Standpunct stellen und unter Verurtheilung der Straßenexcesse ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß das Vorgehen der Agramer königlichen Finanzbehörde den klaren Bestimmungen des Gesetzes über die Amtssprache entgegen war. Gleichzeitig erklären sie, daß ihr patriotisches Gewissen und ihre Abgeordnetenpflicht es ihnen nicht gestatten werden, eine Regierung zu unterstützen, welche zur Anordnung oder Durchführung eines derartigen Vorgehens die Hand bieten würde. Auch sind, wie aus Agram telegraphirt wird, der Gemeinderath und das Bürgercomité auf demselben Wege gefolgt; in einer Erklärung heben sie hervor, daß die Bevölkerung das gemeinsame Wappen respectire. Beide Corporationen wollen die Garantie für die Aufrechterhaltung der Ruhe übernehmen, wenn an den Finanzgebäuden Amtsschilder mit dem gemeinsamen Wappen, aber kroatischer Inschrift angebracht werden. Zugleich wird die Regierung ersucht, die Verordnung, durch welche ein Regierungscommissar für Agram ernannt wird, zurückzunehmen. Auf der anderen Seite erklären sich die Ungarn, deren überreiztes nationales Bewußtsein aufs Empfindlichste verletzt ist, jedem Einlenken in Bahnen des Einverständnisses abgeneigt und sind entschlossen, den kroatischen Forderungen entschieden Widerstand entgegenzusetzen, auch, wenn nöthig, die verpönten Schilder mit Gewalt wieder aufzurichten. Zu welchen Ausbrüchen es bei der gereizten Stimmung, welche beide Nationalitäten beseelt, noch kommen kann, läßt sich nicht voraussehen. Vielleicht finden die eben stattfindenden gemeinsamen Ministerberathungen in Wien einen Ausweg aus der Sackgasse, in welche der überschäumende Chauvinismus die Magyaren wieder einmal geführt hat.

* Wie bereits der Telegraph in Kürze gemeldet hat, dauern in Triest, trotz umfassender polizeilicher Maßnahmen, die irredentistischen Straßenskandale fort. So wurden am Abend des 18. die Festlichkeiten gelegentlich der Geburtstagfeier des Kaisers Franz Joseph von einem Haufen Irredentisten in bedenklicher Weise gestört, wobei auch mehrere Mitglieder der den Italianissimi besonders verhaßten Kriegervereine und ein Mitarbeiter an dem in Triest in deutscher Sprache erscheinenden Tageblatte auf der Straße überfallen und schwer verwundet wurden. Der wilde Haufe versuchte alsdann unter Pfeifen und Geschrei das Redactionslocal zu stürmen, ward aber daran noch rechtzeitig durch die Polizei verhindert. Ein Theil der Skandalmacher, die roth-weiß-grüne Bänder, also die italienischen Farben, in den Knopflöchern trugen, widersetzten sich mit Stöcken und Dolchen der Polizei, wurden aber von dieser schließlich in die Flucht geschlagen, wobei im Getümmel mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. — Auch in der Nacht des 19. kam es, ungeachtet, daß zahlreiche Polizei-Patrouillen die Straßen durchzogen, zu abermaligen Ausschreitungen. Etwa 200 Irredentisten versammelten sich in einer der italienischen Turnhalle gegenüber gelegenen Osteria (Weinschänke) und brachten Hochrufe auf Italien aus. Als die Polizei eindrang, ward das Gas abgedreht und in der Dunkelheit entspann sich eine wüste Balgerei, wodurch alle Fenster und Einrichtungsstücke der Schänke zertrümmert wurden. Dennoch gelang es der Polizei, über zwanzig Verhaftungen vorzunehmen. Als man die Verhafteten durchsuchte, fand man bei mehreren Revolver und Dolche. Damit war aber der Rummel noch nicht zu Ende. Die aus der Schänke Versprengten vereinigten sich mit anderen übelgesinnten Elementen und zogen nach dem Café Ferrari, wo abermals Hochrufe auf Italien ausgebracht und mehrere friedliche Spaziergänger mit dem Geschrei: „Morte ai Tedeschi!" (Tod den Deutschen!) verfolgt wurden. Als die Polizei im Schnellschritte anrückte, stoben die Ruhestörer nach allen Seiten auseinander, worauf das Café geschlossen und polizeilich besetzt wurde. Diese wiederholten abscheulichen Vorgänge haben auf die friedlichen, loyalgesinnten Bewohner Triests einen solchen Eindruck gemacht, daß seither, nach Einbruch der Dunkelheit, die Straßen der Stadt zumeist verödet sind, was im Vereine mit den zahlreichen Polizei-Patrouillen an den Belagerungszustand gemahnt. — Allgemeine Entrüstung erregt auch die Nachricht, daß sich unter den Verhafteten der Kaufmann Lorenzo Bernardini, ein eingewanderter Italiener, befindet, der erst vor zwei Jahren wegen Hochverraths zu 2½ Jahren Kerker verurtheilt, aber vom Kaiser fast vollständig begnadigt wurde. Bernardini ist als einer der Hauptführer der Triester Irredentisten bekannt und unternahm, wohl als solcher, häufig Reisen nach Italien.

* Die russische Presse fährt fort, sich mit den militairischen Angelegenheiten Deutschlands zu beschäftigen und richtet gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit namentlich auf die jüngsten Garnisons-Veränderungen an der preußischen Ostgrenze. Ein aus offenbar militairischer Feder stammender Artikel in der „Peterburgskija Wjedomosti", welches Blatt etwas irrthümlich „russische Petersburger Zeitung" genannt wird, während Wjedomosti zu deutsch Nachrichten, aber nicht Zeitung heißt, sagt darüber: „Was die Garnisons-Veränderungen der deutschen Truppen an unserer Grenze betrifft, so haben diese jedenfalls eine größere Bedeutung, als man eingestehen will, ja es unterliegt kaum einem Zweifel, daß diese Maßnahme einem starken Schutz für die preußischen Eisenbahnen und ihre Knotenpuncte an der Grenze beabsichtigt. Wir haben schon lange nicht", heißt es weiter, „im preußischen Kriegsministerium eine so große Thätigkeit bemerkt wie gegenwärtig. Wir folgten aufmerksam der Reise des preußischen Kriegsministers an die Ostgrenze Deutschlands, wo außerdem Graf Waldersee eine Inspection vornahm. Auch im Mittelpuncte der Heeresleitung wurden mehrere Anordnungen von Interesse getroffen. So erging jüngst der Befehl, daß Graf Moltke von nun ab nicht mehr in wichtigen Fällen allein, sondern jeden Freitag über besondere militairische Vorgänge Bericht zu erstatten habe, wobei ihn auch Graf Waldersee ersetzen könne." — Der Artikel berührt dann noch die Thätigkeit in den festen Plätzen von Kiel bis Memel, die Küstenbefestigungen, die Prüfungen des Magazingewehrs in Spandau, die bevorstehende Ernennung von neuen Corps- und Brigade-Commandeuren, die Absicht, an der russischen Grenze selbstständige Cavallerie-Divisionen zu errichten, lauter Maßnahmen, die ganz natürlich seien, weil Jedermann in seinem Hause thun könne, was ihm beliebe. „Wir richten nur die Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge", heißt es schließlich, „damit auch unsererseits Beweise gegeben werden mögen, den Frieden zu erhalten".